

## AUF EIN WORT

## „Eher sind Politiker unkalkulierbar“

Professor Dr. Klaus J. Bade zum Thema Einwanderung

**Frage:** Darf man Einwanderung zum Wahlkampfthema machen?

**Bade:** Man kann auch in Wahlkämpfen über Themen wie Migration und Integration sprechen, wenn man das sachlich betreibt und ohne Instrumentalisierung des Themas. Man kann sich ja auch einen Wahlkampf mit fairen Argumenten in Gestalt einer sachlichen Diskussion vorstellen. Das Thema brennt allen Bürgern auf den Nägeln, und wir können nicht Themen immerzu ausblenden mit dem Argument, dass Politiker Bürger für unkalkulierbar halten. Ich fürchte eher, dass Politiker unkalkulierbar sind in ihrem Umgang mit diesem Thema.

**Frage:** Sie sind Mitverfasser des aktuellen Familienberichts der Bundesregierung, der die positive Rolle ausländischer Familien in Deutschland hervorhebt. Muss man Zuwanderung nicht ohnehin als Familienthema behandeln?

**Bade:** Es ist entscheidend wichtig, dieses Thema auch als Familienthema zu verstehen. Dabei muss es darum gehen, Familien in ihrem Selbsthilfepotential zu stärken und nicht zu schwächen. Wir aber schwächen in vielen Bereichen zum Teil über Jahre hinweg die Selbsthilfe-Fähigkeiten der Familien. Wir tun das insbesondere im Asylbereich, auch bei denen, die später dann doch in Deutschland bleiben. Wir tun das zum Teil aber auch im Aussiedlerbereich. Bei all den unterschiedlichen Gruppen zugewanderter Arbeitnehmer geht es nicht nur um Gleichheit vor dem Gesetz. Es geht auch um gleiche Unterstützung im Eingliederungsprozess.

**Frage:** Was meinen Sie mit Selbsthilfepotential?

**Bade:** Die simpelsten Dinge gehören dazu. Die Leute im Asylverfahren müssen sich

**Experte:**

Klaus J. Bade leitet das Institut für Migrationsforschung in Osnabrück.

selbst bekochen können, müssen arbeiten können wie eine normale Familie, müssen eine innerfamiliäre Arbeitsteilung leben können, die sie aus ihrem Herkunftsland gewohnt sind. Das Gegenteil ist Einheitsverpflegung, Einkauf auf Marken, untätiges Herumsitzen in einem Blechkanister.

**Frage:** Gerade beim Familiennachzug machen sich Ängste der Bevölkerung fest. Wie kann man diesen Ängsten begegnen?

**Bade:** Die Ängste kann man am besten dadurch abbauen, dass man zu einer Normalisierung des Umganges mit dem Thema Migration kommt. Die Ängste sind ja nicht in den Köpfen der Menschen von Natur aus vorhanden. Sie sind vielmehr buchstäblich implantiert worden durch Horrorgemälde von Politikern. Der Bundesinnenminister zum Beispiel hat kurz nach dem Regierungsantritt verkündet, die Belastungsgrenze durch Zuwanderung in Deutschland sei überschritten. Es gab überhaupt keinen Anlass dafür, das zu behaupten. Die Zahlen, auf die sich das stützte, waren absurd. Denn in den beiden vorangegangenen Jahren hatten wir eine relativ ausgeglichene Wanderungsbilanz. Jeder Einwanderungsprozess hat mit Familiengründun-

gen zu tun. Entweder werden Familien nachgeholt oder Familien werden im Einwanderungsland gegründet. Daran ist überhaupt nichts Bedrohliches. Deutschland ist ein Land, das auf weite Sicht hin Zuwanderung braucht und gleichzeitig Zuwanderung fürchtet. Das ist eine absurde Spannung, die sich nur durch eine Normalisierung im Umgang der Politik mit dem Thema abbauen lässt.

**Frage:** Bundesinnenminister Schily meint, beim Thema Zuwanderung dürfe auch das Thema Asyl nicht tabu sein...

**Bade:** ...bei einer umfassenden Regelung dieser Themen muss sicher auch über Asylfragen gesprochen werden, weil das ein Bereich von Zuwanderung und im Fall der Anerkennung auch von Eingliederung ist. Man darf die Dinge aber nicht – und das ist der Fehler in der jetzt laufenden Diskussion – gegeneinander rechnen und gegeneinander ausspielen. Das eine ist unsere humanitäre Pflicht im Zeitalter der weltweiten Flüchtlingsströme. Im Fall von Arbeitswanderung und Einwanderung geht es um ökonomische Interessen auf beiden Seiten.

Das Aufnahmeland muss das Recht haben, sich im Rahmen des Möglichen seine Zuwanderer auszusuchen. Dieser Rahmen ist ohnehin beschränkt durch gesetzliche Festlegungen. Der Familiennachzug, die Aussiedlerzuwanderung, auch der Asylbereich sind durch das Grundgesetz geschützt. Der Gestaltungsspielraum einer Einwanderungsgesetzgebung ist also gar nicht so groß und muss daher ausgeschöpft werden – aber nicht auf Kosten des Asyls.

Interview:  
Gerrit Schulte